

Einbeziehung der Gewerkschaften in den EU Vorbereitungsprozess

Opatija,

4./5. Juli 2005

Karl-Heinz Nachtnebel

Vorstandsmitglied des EGB

Mitglied des Sozialen Dialoges der EU

Präsidiumsmitglied des TUAC (OECD)

Internationaler Sekretär des ÖGB

Grundsatzentscheidungen für die Gewerkschaften zum Beitritt zur Europäischen Union

- Unterstützung der Gewerkschaften für das Projekt EU-Beitritt muss mittels intensiver Diskussion mit Branchen und allen unmittelbar Beteiligten geklärt werden.
- Bei Entscheidung für eine Pro EU Beitritts-Kampagne der Gewerkschaften muss vorher das Verhältnis zur Regierung und deren sachliche und materielle Unterstützung dafür verbindlich geklärt werden.
- Eine EU-Kampagne wird Widerspruch und Gegenargumente hervorbringen.
- Es geht dabei um erwartete Verluste von Arbeitsplätzen in einigen Branchen bzw. um Maßnahmen der sozialen Abfederung der betroffenen Menschen

Welche Motivation soll die Gewerkschaften der Balkanstaaten zum Mitmachen bewegen?

- Chance für die politische Mitgestaltung und Übernahme von Verantwortung
- Volle Information über die Beitrittsschritte und Mitwirkung am Prozess seitens der Regierungen damit auch die Möglichkeit zur Intervention noch während der Verhandlungen
- Ein Dialog mit der Regierung und deren Unterstützung für die EU Arbeit für die Zeit nach dem Beitritt .
- Nach politischen Beobachtungen zu urteilen, funktionieren genau diese Prozesse in Bosnien-Herzegowina und in Serbien und Montenegro derzeit nicht bzw. sehr schlecht.
- Zuwachs an Kompetenz und Mitgestaltungsmöglichkeit
- Erlangung umfangreicher Kenntnisse und Informationen über die Abläufe und Vorgehensweisen innerhalb der EU.
- Aufbau einer sozialpartnerschaftlich orientierten gemeinsamen Plattform

Der Prozess der Aufnahme

- Die Antragstellung
- Die Einladung seitens der EU, Beitrittsverhandlungen zu führen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind
 - ◆ Kopenhagener Kriterien; Wirtschaftsstruktur; Fähigkeit, den gemeinschaftlichen Besitzstand (Aquis communautaire) umzusetzen. etc.
- Die Beitrittsverhandlungen werden in 31 Kapitel aufgeteilt und im Hauptsächlichen von der Kommission geführt
- Bei Verhandlungserfolg: **Beitrittsvertrag**
- Ratifikation des Beitrittsvertrages: - im betreffenden Land
- - bestehenden EU MS.
- - EU Parlament
- Ein Beitritt ist nur nach erfolgreicher Ratifikation möglich

Erweiterungsprinzipien

- Einige Gründe der EU beizutreten:
 - ◆ Politische Stabilität
 - ◆ Wirtschaftliches Wachstum
 - ◆ Verstärktes politisches und wirtschaftliches Gewicht
 - ◆ Gemeinsame Werte (Demokratie, Frieden, usw.)
- Gründe, neue Mitglieder aufzunehmen:
 - ◆ Offenheit der EU als Grundprinzip der Verträge
 - ◆ Zusammenarbeit und Frieden
 - ◆ Beidseitige politische und wirtschaftliche Vorteile
 - ◆ Konsolidierung der Demokratisierung
 - ◆ Politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa

1987-1989 Die Vorbereitungen des ÖGB

- Meinungsbildung von 1986 bis 1987
- 1987 große Konferenz von ÖGB/AK
- ÖGB Bundesvorstand fasst Beschluss, die Regierung bei den Verhandlungen um die Mitgliedschaft Österreichs zu unterstützen
- Der Forderungskatalog des ÖGB an die Regierung wird übermittelt
- Die Sozialpartner erarbeiten eine gemeinsame Stellungnahme
- Die Bedingungen für alle sensiblen Sektoren werden deponiert
- Die Gewerkschaften verlangen: Mitbestimmung und Soziale Dimension müssen auch in der EU respektiert werden
- Volle Information und Einbindung der Gewerkschaften

1989-1994 Der mitgestaltete Verhandlungsprozess

- Konsultationen über den aktuellen Stand im Verhandlungsprozess in Wien und Brüssel
- ÖGB und AK waren voll in den Verhandlungsvorgang eingebunden
- Ständige Koordination mit Ministerien und dem Verhandlungsteam
- Diskussionen, Informationen und Konsultationen in Gewerkschaften, AK und bei Sozialpartnern in Österreich durchgeführt
- Viele Klein- und Großveranstaltungen für Meinungsbildung und Argumentation - Chance auf das Kennenlernen von regionalen und branchenspezifischen Problemen im Vorfeld des Beitrittes.

Gruppen und Gegner des EU Beitrittes Österreichs

Spezielle Gruppen der Bevölkerung die gesondert informiert wurden:

- Landwirtschaft
- Industrie
- Beamte
- Arbeiter/Angestellte
- Hausfrauen
- Transport
- Zoll
- Nahrungsmittelindustrie

Stabile Gegner blieben bis zum Referendum:

- Teile der Grünen Partei, der FPÖ und der restlichen KPÖ und ihnen nahestehende Gruppen
- „Heimat“ Bewahrer und Traditionalisten
- Eine große Tageszeitung

Die Verfassungs-Referenden in Frankreich und den Niederlande 2005

- Diese zeigen Skepsis der Menschen gegenüber der Politik Europas und seiner Administration.
- Umfragen untermauern die Diskrepanz zwischen den Meinungen der Regierungen, der EU und den jeweiligen nationalen Bevölkerungen
- Neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte (z.B. der Lissabon Prozess) nach USA Vorbild verärgern die Menschen und bedrohen Arbeitsplätze in Europa
- EU findet keinen Ausweg aus der Jobkrise und Antworten auf die auf die Globalisierung
- Die bisherige Erweiterung wurde noch nicht verinnerlicht und Zusätzliche stehen nun als politisches Faustpfand zur Diskussion
- Lage der EU zeigt aber auch eine Krise der zentralen Organe in Brüssel